



## Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

Pößneck, 09.09.2013

# Pressemitteilung

## Mit bitte um Veröffentlichung

### **Keine Einigung zur Zukunft der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge**

Die Forderung der Bürgerinitiativen nach Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge in Thüringen wird derzeit nur uneingeschränkt von der LINKEN unterstützt. Die SPD will an diesem umstrittenen Finanzierungsmodell festhalten. CDU, B90/Grüne und FDP haben die Einladung zur Debatte über dieses Thema nicht genutzt. Dies sind die Ergebnisse einer Podiumsdiskussion mit den Bundestagskandidatinnen und -kandidaten am 6. September 2013 in Meiningen, zu der die Thüringer Bürgerallianz gegen überhöhte Kommunalabgaben e.V. eingeladen hatte.

Das Thema „Abwasser- und Straßenausbaubeiträge“ beschäftigt die Menschen in Thüringen nun schon fast 20 Jahre. Dabei konnten durchaus Teilerfolge erzielt werden. Hierzu zählen die gesetzliche Abschaffung der Wasserbeiträge und die Rückerstattung bereits gezahlter Wasserbeiträge. Fast 500 Millionen EUR haben dadurch die Thüringerinnen und Thüringer gespart. Die von den Kritikern dabei geäußerten Befürchtungen hinsichtlich einer erwarteten Wassergebührenexplosion haben sich als unbegründet herausgestellt. Auch die Begrenzung der Höhe der Abwasserbeiträge ist ein Erfolg der Bürgerinitiativen. Die Begrenzung summiert sich zwischenzeitlich auf immerhin 400 Millionen EUR. Nur noch die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger in Thüringen sind von Abwasserbeiträgen unmittel- oder mittelbar betroffen. Die zweite Hälfte gehört zu den Aufgabenträgern, welche die Abwasserinvestitionen ohne Beiträge ausschließlich über die Gebühren finanzieren.

Doch es gibt bei den Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen immer noch „Baustellen“. Und diese waren Gegenstand der Diskussion mit den Bundestagskandidaten. Die Erhebung der Kommunalabgaben ist zwar grundsätzlich Ländersache, aber über die gesetzlichen Rahmenbedingungen und die Finanzen entscheidet der Bund mit.

Außer den LINKEN wollen alle anderen Parteien an den Abwasser- und Straßenausbaubeiträgen festhalten. B90/Grüne sind hier keiner einheitlichen Meinung.

Die Beitragsbefürworter sind immer noch der Überzeugung, dass durch die Investitionen in Abwasseranlagen und Straßen für die

Grundstückseigentümer besondere wirtschaftliche Vorteile entstehen, die eine finanzielle Beteiligung rechtfertigen. Die Bürgerinitiativen halten diese Argumentation für nicht mehr zeitgemäß und teilen dabei die Auffassung der LINKEN. Nach deren Überzeugung gehören Abwasseranlagen und Straßen zur Daseinsvorsorge und sollten deshalb von denen finanziert werden, die sie tatsächlich nutzen. Im Abwasserbereich könnten die Investitionen wie im Wasserbereich ausschließlich gebührenfinanziert werden. Beim Straßenausbau schlägt die LINKE die Ablösung der Straßenausbaubeiträge durch eine sogenannte Infrastrukturabgabe vor. Bei dieser beteiligen sich alle Straßennutzer an der Finanzierung.

Die Podiumsdiskussion erbrachte keine neuen Positionierungen bei den Parteien. Die Thüringer Bürgerallianz als Dachverband der Bürgerinitiativen für sozial - gerechte Kommunalabgaben empfiehlt deshalb, bei den Bundestagswahlen am 22. September 2013 die LINKE zu wählen. Die Bürgerallianz wird auch weiterhin bei den anderen demokratischen Parteien für die gesetzliche Abschaffung der Abwasser- und Straßenausbaubeiträge werben.

Constanze Truschzinski  
Pressesprecherin Bürgerallianz Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben  
e.V.